Zur Topografie des Kalten Krieges im Rheinland
Eine Spurensuche

Vortrag zur Jahrestagung 2018 des Brauweiler Kreises von **Frank Möller**

Ich möchte Ihnen gleich zu Beginn drei Bilder in schneller Abfolge ins Gedächtnis rufen, die Sie alle kennen.

Das erste zeigt einen der zahlreichen „Rosinenbomber“, die 1948/49 die Berlin-Blockade der sowjetischen Besatzungsmacht durchbrachen.

Das zweite die Panzer am Checkpoint Charlie, die General Lucius D. Clay dort am 25. Oktober 1961 als Machtdemonstration gegen die Sowjets auffahren ließ.

Das dritte zeigt den DDR-Soldaten Conrad Schumann, der 1961 durch einen gewagten Sprung über den Stacheldraht von Ost nach West wechselt.

Ereignisse wie die drei genannten haben sich in das kollektive Gedächtnis eingebrannt. Die damit verbundenen Bilder sind längst zu Ikonen des Kalten Krieges geworden und werden genutzt, um Bekleidungsprodukte, wie T-Shirts, aufzuwerten, die Aufmerksamkeit für Schlager von Hans Albers über Peter Alexander bis zu Zarah Leander als „Rosinenbomber-Hits“ zu vermarkten, und sie können Eingang in die Grafic Art finden, zum Beispiel durch den Zeichner Shabazik.

Besonders beliebt ist auch das Motiv des in die Freiheit springenden NVA-Soldaten. Als "Monument of the Jumping Soldier” (Florian und Michael Brauer, Edward Anders) ist es seit 2009 unweit des tatsächlichen Fluchtpunktes zu sehen. Es schmückt alle möglichen Kitschartikel und wurde auch als Graffiti auf den Mauern der East Side Gallery verewigt.

All diese Bilder sind untrennbar mit der Stadt Berlin verbunden. Berlin gilt als Schnittstelle des Kalten Krieges, als Stadt der Mauer, als Stadt der Spione und Geheimdienste und als Hauptstadt des Kalten Krieges schlechthin.

I. Plädoyer für die Erarbeitung einer Topografie des Kalten Krieges im Rheinland

All das ist auch nicht falsch. Aber die einseitige Fokussierung auf Berlin verstellt den Blick darauf, wo sich sonst noch zentrale Orte des Kalten Krieges ausmachen lassen. Und es sorgt für Verzerrungen. Denn eines sollte man nicht vergessen: Wesentliche Weichenstellungen und Entscheidungen, die für den Kalten Krieg in West-Deutschland wichtig waren, sind nicht unmittelbar mit Berlin verbunden. Sie wurden vielmehr in Bonn getroffen. Im Rheinland also. Das Rheinland in den Blick zu nehmen, wenn man über den Kalten Krieg spricht und forscht, empfinde ich daher als notwendige Korrektur der bis heute einseitig verengten Fixierung auf Berlin.

Einen methodischen und einen didaktischen Grund möchte ich dafür anführen, sich einer „Topografie des Kalten Krieges im Rheinland“ zu widmen:

1.) Das Interesse an der Kategorie „Raum“ ist in der Geschichtswissenschaft in den letzten zwanzig Jahren merklich gewachsen. Der Raum stellt nicht nur eine wesentliche Dimension der menschlichen Existenz dar, sondern auch eine grundlegende Kategorie historischer Überlegungen. Der Zugang zu Raum und Region könnte für die Geschichte des Kalten Krieges daher möglicherweise einen empirisch, theoretisch und

methodisch weiterführenden Beitrag leisten. Deshalb scheint es mir sinnvoll zu sein, den rheinischen Raum in den Blick zu nehmen.

2.) Die Auseinandersetzung mit Zeitgeschichte bedeutet immer Forschung *plus* Vermittlung. Und Vermittlung ist immer *auch* – nicht nur – auf authentische Orte angewiesen. Solche Orte lassen sich im Rheinland ausfindig machen und markieren. Deshalb lohnt sich die Recherche.

Welche Typen verortbarer Bauten, Räume, Anlagen, Treffpunkte und Denkfabriken des Kalten Krieges sollte man dabei im Rheinland in den Blick nehmen? Ich nenne vier.

- Bunkeranlagen zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen
- Militäranlagen und Militärbauten
- Bauliche Maßnahmen des Zivilschutzes
- Orte, von denen aus die Ideenlandschaft des Kalten Krieges geprägt und von denen aus Politik gemacht wurde

II. Bunkeranlagen zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen

Am auffälligsten sind sicher die riesigen Bunkeranlagen zur Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, die auch teilweise bereits musealisiert sind: Stichworte dazu:

- „Dienststelle Marienthal“, also der Regierungsbunker an der ***Ahr***,
- der Ausweichsitz der NRW-Landesregierung in ***Kall***,
- der Bunker der Landeszentralbank Düsseldorf in ***Satzvey***,
- der Bundesbank-Bunker in ***Cochem***, dessen Gänge unauffällig und als „Schulungsheim“ für Mitarbeiter der Bundesbank getarnt unter einem Wohngebiet angelegt wurden. Hier wurden von 1964 bis 1988 bis zu 15 Milliarden Deutsche Mark als Notstandswährung für den Fall einer nationalen Wirtschaftskrise im Kalten Krieg hinter dicken Tresorwänden eingelagert.

Solche Anlagen sind unter baugeschichtlichen und bautechnischen Gesichtspunkten sicher interessant. Sie mögen auch von der Hybris ihrer Planer und Erbauer zeugen. Und wenn man einmal genauer nachspürt, unter welchen Bedingungen der Geheimhaltung sie errichtet wurden, kann man einiges über die Dialektik von *overt* und *covert* lernen, von offener und verdeckter Planung und Baupraxis.

Dennoch: Derlei Anlagen interessieren mich an dieser Stelle nur am Rande, weil man bereits einiges über sie weiß. Ich gehe deshalb direkt zum zweiten Typus über – zu den Militäranlagen und Militärbauten.

III. Militäranlagen und Militärbauten

Doch auch die möchte ich nur kurz streifen. Sie sind auch eher ein Objekt der Bodendenkmalpflege. Ich belasse es bei dem Hinweis, dass zu derlei Anlagen auch solche zählen, die heute auf den ersten Blick nicht mehr unmittelbar erkennbar sind. Beispielsweise die verlassenen Raketenstationen in der Wankumer Heide im ***Kreis Kleve*** oder bei ***Blankenheim*** an der Ahr. Außerdem die Ausweich-Landeplätze auf bestimmten Autobahnabschnitten, z. B. bei Alpen im ***Kreis Wesel***. Oder auf der A 61 zwischen dem Kreuz ***Meckenheim*** und dem

Dreieck ***Bad Neuenahr-Ahrweiler***. Es gibt von diesen Ausweich-Landeplätzen etwa zwei Dutzend in Westdeutschland. Man erkennt sie ganz gut: Sie verlaufen natürlich schnurgerade; die Mittelstreifen zwischen den Straßen sind nicht begrünt, sondern durchbetoniert, die Leitplanken nur im Boden eingesteckt, um sie schnell demontieren zu können. Und an den Enden dieser Notpisten erstrecken sich bis heute überdimensionierte Parkplätze, die im Kriegsfall als Abstellflächen für Flugzeuge vorgesehen sind.

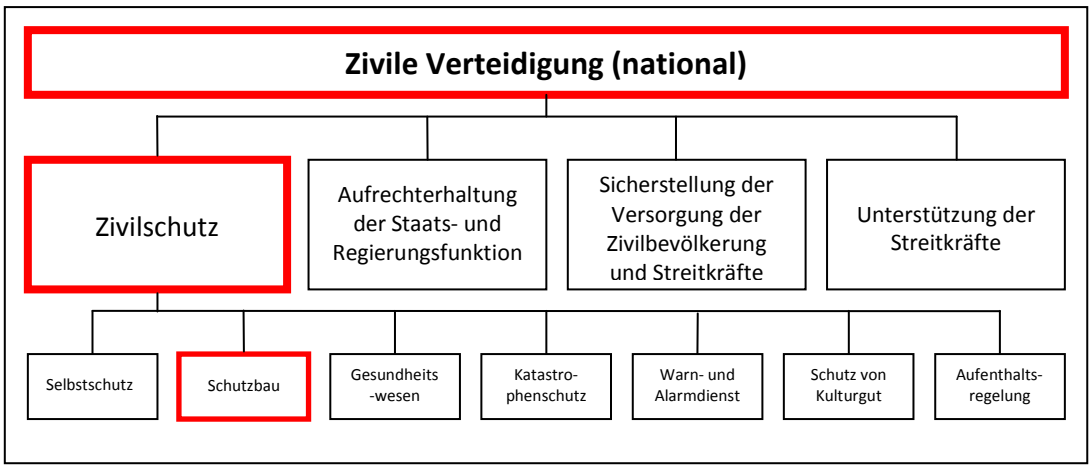
Zu den Militäranlagen zählen natürlich noch zahlreiche weniger markante Objekte. Erinnert sei nur an die Sprengschächte, die in Straßen eingelassen waren und es den NATO-Truppen erlauben sollten, den Vormarsch der Verbände des Warschauer Paktes zu erschweren. Sie erinnern sich sicher noch an die großen dunkelgrauen, 45 Kilo schweren Deckel auf der Fahrbahnmitte, die an Gullydeckel erinnerten.

Den beiden von mir bislang genannten Typen verortbarer Bauten, Räume und Anlagen des Kalten Krieges gilt bislang das Hauptinteresse; sowohl das professionelle, also beispielsweise dasjenige der Bodendenkmalpflege, als auch das der Szene der semiprofessionellen; die reicht wiederum von Sondengängern über Militaria- oder Munitionssammler bis hin zu ernsthaften Laien-Geschichtsforschern.

Mir scheinen gleichwohl zwei weitere Typen interessanter zu sein, interessanter vor allem dann, wenn man der Frage nachgeht, welche Auswirkungen der Kalte Krieg auf die unmittelbare Umgebung, auf die Ideenlandschaft und auf die mentale Befindlichkeit seiner Zeit hatte. Deshalb sollte man m. E. als dritten Typ diejenigen Orte in den Blick nehmen, an denen Maßnahmen des Zivilschutzes Spuren hinterlassen haben, und als vierten Typ diejenigen Orte, von denen aus die Ideenlandschaft des Kalten Krieges geprägt und von denen aus Politik gemacht wurde. Zunächst zum dritten Typ.

IV. Bauliche Maßnahmen des Zivilschutzes

Der Zivilschutz ist Teil der Zivilen Verteidigung, die wiederum eine Ergänzung zur Militärischen Verteidigung ist. Beide sind also Bestandteile der Gesamtverteidigung. Für unseren Kontext ist hier der Bereich „Zivilschutz“ interessant, der der „Zivilen Verteidigung“ untergeordnet ist. Und unter den Aufgabenbereichen des Zivilschutzes interessiert hier vor allem der Bereich des „Schutzbaus“.



Im Zivilschutz ist der Hauptakteur in der heißen Phase des Kalten Krieges das *Bundesamt für Zivilen Bevölkerungsschutz (BZB)*. Es hatte seinen Sitz zunächst in der *Koblenzer Straße 112* (heute Sitz des Landesbetriebs Straßenbau NRW) und ab November 1962 dann in der *Deutschherrenstr. 93-97*; beide in ***Bonn-Bad Godesberg*** gelegen.

Das Amt wurde im Dezember 1958 als Bundesoberbehörde errichtet. Es trat an die Stelle der vorbereitenden Bundesdienststelle für zivilen Bevölkerungsschutz sowie eines ursprünglich vorgesehenen Bundesamtes für den Luftschutzwarndienst. 16 Jahren später wurde es umbenannt in Bundesamt für Zivilschutz. Diese Bezeichnung blieb bis zum Jahre 2000 bestehen.

Die Aufgabe des Amtes bestand in dem Auf- bzw. Ausbau der Zivilverteidigung als strategische und politische Ergänzung der Wiederbewaffnung. Und diese Aufgabe war nicht so leicht zu lösen. Denn 1. fehlte es dauerhaft an Geld, 2. an zeitgemäßen gesetzlichen Grundlagen und 3. bestand große Unsicherheit darüber, wie man die Bevölkerung für die Anliegen des Zivilschutzes gewinnen sollte.

Ich werde zwei Aspekte der Arbeit des BZB kurz streifen:

- das Schutzbauprogramm
- und die Öffentlichkeitsarbeit der Bevölkerungsschützer.

Es ist unklar, wann und wo der erste öffentliche zivile Nachkriegsschutzbau in Westdeutschland errichtet wurde. Der erste in Nordrhein-Westfalen wurde nicht weit von hier gebaut.

1955 meldete das Fachblatt „Ziviler Luftschutz“ in seiner Mai-Ausgabe (Nr. 5/1955, 19. Jg., S. 125): „Das neue ***Dürener Postamt*** besitzt den ersten Luftschutzkeller in Nordrhein-Westfalen, der im Hinblick auf die Gefahren eines Atomkrieges gebaut wurde. Die Kellerräume, die dem gesamten Personal Schutz bieten, lassen sich drucksicher machen.“

Bis zum Ende des Kalten Krieges wurde in Westdeutschland insgesamt lediglich eine durchschnittliche öffentliche Schutzraumquote von 3 % erreicht – mit großen Schwankungen je nach Bundesland. Während sich in Bremen lediglich 5 Einwohner einen Schutzplatz hätten teilen müssen, wären es in Schleswig-Holstein 115 und in ***NRW*** 42 gewesen (Quelle: Zivilverteidigung, Heft 1, 1989, Erhebungsstand: 31.12.1987).

Das klingt beim ersten Hören nicht nach allzu vielen Bauten. Beim genaueren Hinschauen muss man aber feststellen, dass die Bauprogramme des Kalten Krieges faktisch eine Art Parallelwelt in unseren Städten, Dörfern, Landstrichen hinterlassen haben.

Leider gibt es bis heute keine amtliche Zusammenstellung all dieser Bauten. Man ist also auf eigene Recherchen bzw. auf die Recherchen verschiedener Interessengruppen angewiesen. Die bislang umfassendste Datenbank dazu hat die private „Interessengemeinschaft für historische Militär-, Industrie- und Verkehrsbauten“ angelegt. (Sie ist einsehbar unter www.geschichtsspuren.de/datenbanken.) Ein paar Zahlen daraus.

Für die Stadt ***Köln*** sind dort 74 öffentliche Schutzräume gelistet, für die Stadt ***Düren*** 6 und für das nahe unseres Veranstaltungsortes gelegene ***Schleiden*** 3. Das sind Räume, die im Falle Düren für eine Belegung mit je 50 bis 635 Schutzplätzen ausgestattet wurden. In Köln erreichen einzelne Anlagen dann schon eine Kapazität von bis zu weit über 2.000 Plätze, in ***Bonn*** hielt die Mehrzweckanlage unter dem Hauptbahnhof allein 4.500 Schutzplätze vor und der als Mehrzweckanlage vorgesehene Straßentunnel an der B9 (der sog. Bad Godesberg Tunnel) sogar 7.200 Plätze. In ***Düsseldorf*** wurden 1956 sogar Überlegungen angestellt, auf einer Länge von einem Kilometer unter der Königsallee Tiefgaragenparkplätze inklusive Tankstelle als Luftschutzbunker zu errichten.

Einen weiteren Großbunker gab es – neben anderen – auch unter dem ***Rheydter Marktplatz***. Er wurde erst 1972 erbaut und konnte im Ernstfall 4.500 Menschen Schutz bieten.

Anders als in anderen Bundesländern war in NRW auch der Bau von *Schul*schutzräumen über mehrere Jahre verpflichtend, was zu einem hohen Bestand geführt hat. Das Kabinett der Landesregierung unter Karl Arnold hatte außerdem 1954 beschlossen, dass in allen staatlichen und öffentlichen Neu- und -Erweiterungsbauten, die mit Landesmitteln gefördert wurden, Schutzräume für die Belegschaft und für vorübergehend anwesende Personen zu errichten seien (Beschluss des NRW-Kabinetts vom15.6.1954).

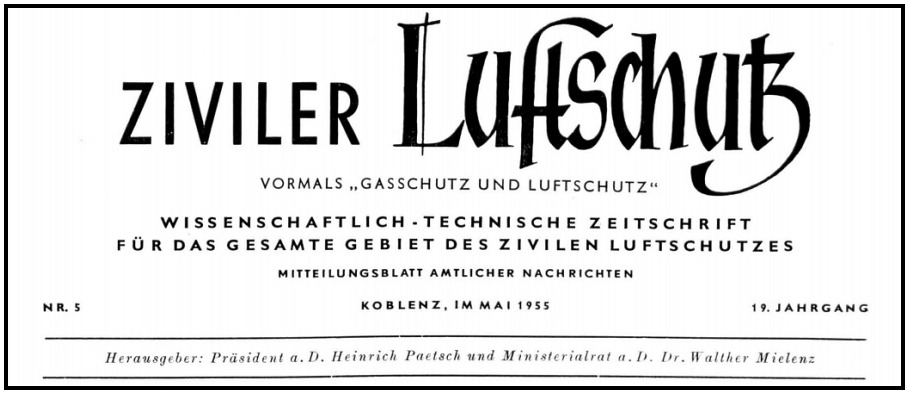
Heute sind all diese Anlagen weitgehend in Vergessenheit geraten. Und es bedarf schon eines geschulten Blicks, um Hinweise auf sie beim Gang durch die Städte zu dechiffrieren. Anhaltspunkte dafür bieten beispielsweise Notausstiegsklappen im öffentlichen Raum. Ein dutzend Beispiele können Sie auf der Website der „Interessengemeinschaft für historische Militär-, Industrie- und Verkehrsbauten“ finden.

Anhaltspunkte bieten auch spezifische Formen von Lüftungsbauten, die vor allem bei größeren Schutzräumen dazu gehören. Oft sind sie mit sogenannten Prallplatten geschützt, die Splitter und Druckwellen abhalten sollen (Quelle ebenda).

Das war jetzt nur ein kurzer Einblick. Ich habe noch nicht über die zahlreich errichteten Hilfskrankenhäuser, Sanitätsmittellager oder über den Bau privater Schutzräume gesprochen. Auch nicht über die Bergungsräume für Kulturgüter, wie es z. B. einen neben der Domschatzkammer des ***Aachener*** Doms gibt. Und auch das Thema „Warnämter“ – eines von 10 befand sich in ***Linnich*** – muss ich übergehen.

Ich möchte aber noch ein wenig auf die mentale Verfasstheit der Gesellschaft und auf den Zeitgeist eingehen, unter deren Bedingungen all diese Atombunker, Schutz- und Bergungsräume entstanden.

Das Schutzbauprogramm war während seiner gesamten Laufzeit umstritten. Befürworter argumentierten mit den Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs, dass Schutzbauten damals höhere Verluste unter der Zivilbevölkerung verhindert hätten. Gegner vertraten die Meinung, übermäßige Anstrengungen könnten den potentiellen Gegner zu der möglicherweise folgenreichen Einschätzung verleiten, man plane selbst einen Angriffskrieg. Dabei gingen die Meinungen der technikaffinen Theoretiker und Praktiker des Zivilschutzes, der Bevölkerung (die schreckliche Erinnerungen an das Ausharren in Bunkern während des Zweiten Weltkriegs hatte) und der Regierungen (die mit Zuschüssen knauserten) oft weit auseinander.


ZIVILER Luftschutz

VORMALS „GASSCHUTZ UND LUFTSCHUTZ“

WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHE ZEITSCHRIFT
FÜR DAS GESAMTE GEBIET DES ZIVILEN LUFTSCHUTZES

MITTEILUNGSBLATT AMTLICHER NACHRICHTEN

NR. 5 KOBLENZ, IM MAI 1955 19. JAHRGANG

Herausgeber: Präsident a. D. Heinrich Paetsch und Ministerialrat a. D. Dr. Walther Mielenz

Schaut man sich die Seite der Zivilschutz-Vertreter etwas genauer an, dann wird in zahlreichen Fachartikeln der 1950er und 60er-Jahre deutlich, dass es vielen Autoren um deutlich mehr ging, als bloß um den Bau einzelner Bunkeranlagen. Ein Beispiel. Wiederum aus der

Zeitschrift „Ziviler Luftschutz“ vom Dezember 1954 (Ziviler Luftschutz, Nr. 12/1954, 18. Jg., S. 282-283, hier S. 282). Da wird unter der Überschrift „Warum ‚Baulicher Luftschutz’?“ nicht nur eine Ausweitung des Schutzraumbaus für die Bevölkerung gefordert. Sondern mit Blick auf einen künftigen Atomkrieg gleich der Umbau ganzer Städte. Der Autor sieht dazu folgende Maßnahmen als notwendig an:

„Vermeidung jeglicher Wohn- und Wirtschaftsballungen, / Dezentralisierung der Industrie, / Bereitstellung von Ersatzanlagen für alle entscheidenden und lebenswichtigen Versorgungs- und Produktionsstätten, […]“ usw.

Die Zivilschützer suchten mit solchen und vergleichbaren Positionen auch Einfluss auf die öffentliche Meinung zu nehmen. Es ist ganz interessant zu sehen und zu hören, welche Vorstellungswelten dem zugrunde lagen. Wie ging man beispielsweise mit der drohenden Gefahr eines Atomkrieges um?

Das war schwierig. Einerseits musste man die Gefahr, die ja durchaus real war, an die Wand malen, um Mittel für den Zivilschutz locker machen und die Bevölkerung als Helferinnen und Helfer mobilisieren zu können; andererseits musste man aber auch aufkommende Angst und Panik einzudämmen versuchen. Zu viel Angst konnte sich dysfunktional auswirken, konnte die Bevölkerung lähmen und ihre Mobilisierungsfähigkeit in Sachen Zivilschutz verringern. Eine Entscheidung für eine klare Linie fiel offensichtlich schwer.

Deutlich wird das beispielsweise, wenn man die Publikumszeitschrift „ZB-Illustrierte“ anschaut, eine Publikation des Bundesluftschutzverbandes, die von 1956-1958 zuerst monatlich, dann 14-tägig in einer Auflage von 100.000 Exemplaren erschien. Ab 1959 wurde sie unter dem Titel „Ziviler Bevölkerungsschutz“ fortgesetzt. Die Titelgeschichte vom Juni 1957 malte den Umgang mit atomarer Materie noch als eine Art Horrorgeschichte aus und setzte damit auf die Karte der „Angsterzeugung“.

Ganz anders dann zwei Monate später. Hier werden fünf US-Offiziere zu Helden stilisiert, die sich ohne Schutz in der Wüste von Nevada unter einer detonierenden Atomrakete positionierten. Fazit: Atomdetonationen in großer Höhe können den Menschen auf der Erde nicht gefährlich werden. Die erzeugte Angst wurde wieder eingefangen.

Die Zivilschutzakteure selbst präsentierten sich gegenüber der Öffentlichkeit meist als kühle, rationale Aktivisten, deren Ziel es war, der Bevölkerung die aus ihrer Sicht unbegründete Angst zu nehmen und über Schutzmöglichkeiten im Kriegsfall aufzuklären. Sie waren da auch sehr rührig. Es gab zahlreiche Bücher, es gab Filme, es gab eine fahrbare Luftschutzausstellung, die die Marktplätze abklapperte, und es gab Landesluftschutzschulen, an denen Helfer und Multiplikatoren ausgebildet wurden.

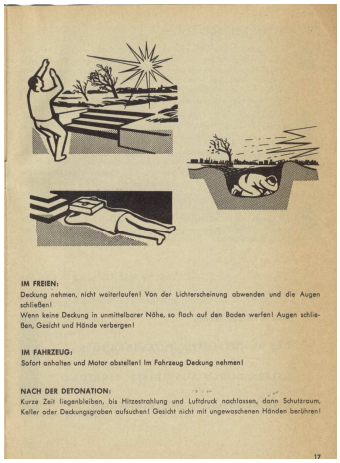
Ihre Aussagen über die technischen Mittel, derer man sich bei den Schutzmaßnahmen im Falle eines Atomkriegs zu bedienen gedachte, waren allerdings geprägt von einer naiven Technikgläubigkeit. Erich Hampe, Präsident der Anstalt für zivilen Luftschutz, sagte dazu 1954 im WDR:

„Wir arbeiten keineswegs im luftleeren Raum. Und bei allen Arbeiten, die hier durchgeführt werden, ist in erster Linie natürlich auch immer an die Atomgefahr gedacht. Jawohl, die Schutzanzüge haben eine andere Farbe bekommen, und zwar nicht nur damit sie weniger erschreckend aussehen, sondern aus praktischen Gründen. Bei der Atombombenexplosion ist ja immer mit sehr starken Hitzewirkungen zu rechnen. Auch bei den Feuerstürmen wird die Luft sehr stark überhitzt, und es ist ja bekannt, dass die weiße Farbe Wärmestrahlen reflektiert. Tatsächlich hat sich bei bestimmten Arbeiten gezeigt, dass man in diesen weißen

Schutzanzügen mindestens doppelt so lange arbeiten kann als in den früheren dunkel gefärbten.“ (Erich Hampe, Präsident der Anstalt für zivilen Luftschutz, WDR, Echo des Tages, 23.11.1954).

Ähnlich dozierten auch diejenigen Sachverständigen, die sich mit dem Schutzraumbau auseinanderzusetzen hatten. Mitunter klang das recht kurios und wurde von der Bevölkerung auch als wenig glaubhaft empfunden. Ein Beispiel aus einer NDR-Sendung des Jahres 1962:

„Wir Bausachberater vom Bundesluftschutzverband unterscheiden Vollschutz, Teilschutz und Behelfsschutz. Unter Vollschutz wird verstanden der Schutz gegen Waffenwirkung aus Sprengbomben herkömmlicher Art, gegen Hitzestrahlung, Luftstoß und Anfangsstrahlung sowie Rückstandsstrahlung aus nuklearen Angriffsmitteln. Der Teilschutz erstreckt sich auf den Schutz gegen Trümmerlasten aus vorhandenen Gebäuden und radioaktiver Rückstandsstrahlung. Er ist in den Hauskellern zu schaffen. Unter Behelfsschutz wird der Mindestschutz verstanden, wie er in der Broschüre ‚Jeder hat eine Chance’ dargestellt wurde.“ (NDR, Hat jeder eine Chance?, 2.3.1962)



Gerade diese zuletzt genannte Broschüre aus dem Jahr 1961 geriet aber zu einer regelrechten informationspolitischen Katastrophe. Sie war der Versuch, der diffusen Angst vor der Atombombe mit der nüchternen Beschreibung ihrer genauen Wirkungsabläufe zu begegnen. Hiroshima und Nagasaki, so die Behauptung der Verfasser, hätten gezeigt, dass auch atomare Detonationen überlebt werden können, wenn man sich im Ernstfall nur richtig verhielte. Entsprechend wartete die Broschüre mit sinnigen Ratschlägen zum richtigen Verhalten bei Atomdetonationen auf. Darunter auch der fatale Hinweis, man möge den Kopf im Falle einer solchen Detonation mit einer Aktentasche schützen.

Natürlich bewirkte die Broschüre genau das Gegenteil von dem, was sie erreichen wollte. Sie aktivierte Ängste eher, als dass sie sie eindämmte. Sie rückte die massiven Defizite des Zivilschutzes ins Blickfeld, anstatt wirksamen Schutz zu versprechen. Und sie verstärkte ein ohnehin schon existierendes Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber der eigenen Regierung. Innenminister Höcherl musste sich seinerzeit für die Broschüre sogar im Bundestag verantworten.

Die Aktentasche aus der Bundesbroschüre hat sich sogar bis in die Gegenwart als außerordentlich zählebiges Utensil erwiesen. Als im Jahr 2008 der Zivilschutz sein fünfzigjähriges Bestehen feierte, klagte der Präsident des inzwischen zuständigen Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, Christoph Unger, der Öffentlichkeit sein Leid über den unheimlichen Wiedergänger:

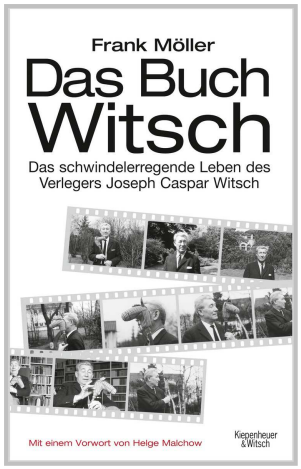
„Das Bild der ‚Aktentasche über dem Kopf' als Schutz bei einer nuklearen Explosion begleitet uns seit Jahren. Die Aktentasche besitzt heute noch nicht ganz unproblematische Folgewirkung: Unsere Vorschläge zur Selbsthilfe und zum Selbstschutz, die zur Vorbereitung und Bewältigung großer Schadensereignisse notwendig sind, werden häufig unter dem Hinweis auf die damaligen umstritten, jedoch von einer Bundesoberbehörde getragenen Empfehlungen abgetan." (Christoph Unger, 50 Jahre Zivil- und Bevölkerungsschutz in Deutschland. https://www.bbk.bund.de/DE/DasBBK/Geschichte/50Jahre/50-Jahre_Zivil-Bevoelkerungsschutz_einstieg_01.html).

Ich mache an dieser Stelle mal einen Schnitt. Mir war es wichtig, Ihnen zu verdeutlichen, welche Spuren die Zivilschutzmaßnahmen – bezogen auf das Rheinland – im öffentlichen Raum hinterlassen haben und wie man sie dechiffrieren kann. Dass ich dabei nur auf einen Bruchteil der tatsächlichen Spuren eingehen konnte, ist der begrenzten Zeit geschuldet.

Mir war es ebenfalls wichtig, zumindest anzudeuten, mit welchen Mitteln versucht wurde, auch die mentalen Landschaften zu gestalten, wenn ich das mal metaphorisch so nennen darf.

V. Orte, von denen aus die Ideenlandschaft des Kalten Krieges geprägt und von denen aus Politik gemacht wurde

Ich komme damit zum letzten Punkt meiner Ausführungen, zu denjenigen Orten, von denen aus die Ideenlandschaft des Kalten Krieges maßgeblich geprägt und von denen aus Politik gemacht wurde. Diese zu recherchieren war und ist aufwändig. Ich habe 2008 damit begonnen, im Zusammenhang mit einer Arbeit an einer zweibändigen Biografie des Verlegers Joseph Caspar Witsch (1906-1967), des Gründers des in ***Köln*** ansässigen Verlags Kiepenheuer & Witsch. Das ist der Verlag von Heinrich Böll, Joseph Roth, Erich Maria Remarque, David Foster Wallace und anderen.



Das Buch Witsch, Köln 2014, 784 S. mit 185 Abb.
Dem Glücksrad in die Speichen greifen, Köln 2015, 605 S. mit 137 Abb.

Witsch ist insofern eine interessante Figur der Geschichte der frühen Bundesrepublik und der regionalen Geschichte des Kalten Krieges, als er selbst ein Homo Politicus, ein überzeugter Kalter Krieger und ein begnadeter Netzwerker war. Das Netz, das er geflochten hat, und in dem er sich zwischen politischen und geschäftlichen Interessen virtuos bewegte, umfasste private Organisationen des Kalten Krieges, wie den Kongress für kulturelle Freiheit, Bundesministerien, wie das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, nachgeordnete Behörden wie

die Bundeszentrale für Heimatdienst (später für politische Bildung) und eine Reihe abgeschirmter Zirkel unterschiedlicher Zusammensetzung. All diese Einrichtungen sind im Rheinland zu verorten. Ausführlich habe ich das im ersten Band der Biografie auf knapp 300 Seiten dargestellt. An dieser Stelle reicht es nur zu einigen Stichworten.

Ich gehe dabei wieder von denjenigen Orten aus, die maßgebend für die Prägung der Ideenlandschaft des Kalten Krieges im Rheinland in den 1950er und 60er-Jahren waren und mit denen Witsch in enger Verbindung stand.

Zunächst zu zwei gewaltigen Gebäude- bzw. Siedlungskomplexen. Der erste mit 21.000 qm Bürofläche befindet sich in ***Bonn-Mehlem***, in der *Deichmannsaue 29-39*. Von 1951-55 befand sich hier der Hauptsitz des US-High Commissioner of Germany (HICOG), ab 1955 dann die US-Botschaft. Der zweite Komplex ist ebenfalls ein HICOG-Projekte: die amerikanische Siedlung in ***Bonn-Plittersdorf***.

Der Sitz des Hochkommissars ist insofern interessant, weil dort auch eine Geldquelle sprudelte, die der Finanzierung antikommunistischer Literatur und Aktionen diente. Witsch hat sich dort reichlich bedient. Mal wurden Beträge mit zahlreichen Durchschlägen beantragt und genehmigt, mal ging das Geld dort bar und ohne Quittung über den Tisch und verschwand in einem Aktenkoffer. Im Detail ist das in meiner Witsch-Biografie nachzulesen.

Die Siedlung für die amerikanischen Bediensteten in Plittersdorf ist heute ein Baudenkmal. Ihre Entstehungsgeschichte ist mit einem massiven und damals umstrittenen Eingriff in die Landschaft verbunden gewesen. Auch das ist ein Aspekt, den es zu verfolgen lohnen würde: Inwiefern haben Bauprojekte des Kalten Krieges Natur- oder Kulturlandschaften im Rheinland verändert?

Ich springe rasch weiter.

Wenn man die kommunismuskritischen und antikommunistischen Bücher addiert, die der Kölner Verleger Joseph Caspar Witsch in der Hochphase des Kalten Krieges auf den Markt gebracht hat, kommt man auf mehr als 100 verschiedene Einzel-Bände; Tarnschriften zum Schmuggel in die DDR nicht mitgerechnet. Den Beginn dieser publizistischen Initiative markiert der 4. Juni 1950. An dem Tag fand in ***Bonn*** ein Treffen statt, dessen Ziel es war, einen gemeinsamen Aufruf zu redigieren, der im ganzen Bundesgebiet bekannt gemacht werden sollte.

Der Aufruf war überschrieben mit *„Rettet Deutschland für Europa“* – so nannte sich der Kreis der Aufrufenden auch zunächst. Einem als „Vertraulich!“ deklarierten Schreiben des ehemaligen Buchenwald-Häftlings, Heinz Baumeister, ist zu entnehmen, dass es „ein repräsentativer Kreis von Flüchtlingen“ aus der SBZ/DDR war, der sich da in Bonn traf. Die meisten Teilnehmer waren parteipolitisch der CDU zuzuordnen, viele waren – wie auch Witsch – aus Thüringen in den Westen gelangt. Neben Witsch und Baumeister nenne ich als Teilnehmer nur den ehemalige Präsidenten der Regierung des Landes Thüringen Herrmann Brill, den Jesuitenpater und Caritas-Direktor Franz-Josef Diederich, den Präsidenten des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden und späteren kommissarischen Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz Hanns Jess, dann Eugen Kogon, Rudolf Hagelstange und Theodor Litt.

Was sollte praktisch gemacht werden? Baumeister nennt drei Ziele:

- „ein publizistischen Zentrum“ aufbauen
- einen verläßlichen Informationsdienst einrichten
- und eine Serie ‚Rote Weißbücher’ herausbringen“

All das geschieht ab Juli 1950 in Witschs Verlagsräumen. Die befinden sich seit Januar 1950 in einem feuchten Bunker in ***Köln-Riehl***, zum Jahresende bezieht der Verlag neue Räume in der ***Innenstadt*** am *Hansaring*. Ab diesem Zeitpunkt ersetzt das „Publizistischen Zentrum für die Einheit Deutschlands“, kurz: PZ, auch namentlich die Aktion „Rettet Deutschland für Europa“.

Das Zentrum gibt jetzt einen 14-tägig erscheinenden Informationsdienst heraus, das „PZ-Archiv“, für das zu Beginn Witsch, Baumeister und Ernst Tillich, Leiter der Berliner „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“, verantwortlich zeichnen. Die Redaktion liegt in den Händen des Baltendeutschen Berend von Nottbeck. Sowohl die redaktionelle Erstellung des PZ-Archivs als auch dessen Druck auf einem Rotaprint-Stapeldrucker werden komplett aus Witschs Verlagsräumen abgewickelt. Zum einen aus Kostengründen, zum anderen, um den inneren Kreis klein zu halten und damit vor Bespitzelung zu schützen.

Der Informationsdienst hat den Zweck, Medien, Multiplikatoren sowie Einrichtungen von Staat und Wirtschaft mit aktuellen Informationen über die Entwicklungen in der DDR zu versorgen. Ganz dem Zeitgeist und einer antikommunistisch-kämpferischen Diktion verpflichtet, prangt auf jeder Titelseite die unmissverständliche Aufforderung:

„Besinnt euch auf eure Kraft – der Westen ist stärker!“

Im April 1952 wurde das PZ-Archiv zum SBZ-Archiv umgeformt, Witsch zeichnete ab jetzt als alleiniger Herausgeber. Das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen nahm rund 5.000 Exemplare der Zeitschrift über sein „Büro Bonner Berichte“ ab – etwa 80 % der Gesamtauflage – und ließ sie kostenlos verteilen. Außerdem finanzierte es Witsch alle Personalkosten bis hin zur „Reinmachefrau“ sowie eine kostspielige Alarmanlage samt angeschlossenem Wachdienst für das Redaktionsbüro, auf das nicht zuletzt der ostdeutsche Geheimdienst ein Auge hatte.

Das SBZ-Archiv wurde 1968, ein Jahr nach Witschs Tod, als „Deutschland-Archiv“ weitergeführt. Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung existiert es seit 2011 bis heute in einer Online-Fassung.

Dass Publizistische Zentrum mit seinem PZ/SBZ-Archiv war von Beginn an mit einer Buchreihe verbunden: den *„Roten Weißbüchern“*, die vor allem empirisch unterfütterte Analysen der politischen Praxis und wirtschaftlichen Entwicklung in der DDR liefern sollten. Finanziert wurden sie über HICOG, während die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ – zumindest in der Anfangsphase – die Ideen lieferte. Insgesamt erschienen 16 Titel.

Die Verteilung der Bücher lässt sich auch rekonstruieren. So ging – in Abstimmung mit dem Ministerium für gesamtdeutsche Fragen – zum Beispiel von Gerd Friedrichs Buch über die FDJ das größte Kontingent an Kultusministerien – 6.000 Exemplare nach ***Düsseldorf***, je 3.000 nach Wiesbaden und Stuttgart und 1.125 nach Kiel. Über die Kultusministerien gelangten die Bücher weiter in Schulen mit der ausdrücklichen Anweisung, das Buch zum Gegenstand des Unterrichts zu machen.

Mit den „Roten Weißbüchern“ begann auch der Aufbau des Verlagsschwerpunkts, der sich kritisch mit der SBZ/DDR, dem kommunistischen System insgesamt oder mit der Wirkung der kommunistischen Ideologie auf den einzelnen beschäftige.

Wenn ich von Witschs Verlagsprogramm spreche, meint das ab 1953 einerseits den Verlag Kiepenheuer & Witsch und andererseits als Nebenzweig den „Verlag für Politik und Wirtschaft“. In Letzterem erschienen unter dem Lektorat Berend von Nottbecks all diejenigen Publikationen über das sowjetische Herrschaftssystem und die DDR, die vom antikommunis-

tischen Konsens getragen wurden, aber nicht unbedingt die Qualität besaßen, die sie für das Kernprogramm von Kiepenheuer & Witsch empfohlen hätten.

Die Bücher des „Verlags für Politik und Wirtschaft“ wurden direkt mit dem Gesamtdeutschen Ministerium in ***Bonn*** abgestimmt.

Ab 1953 führte Witsch seine Geschäfte auch von einem neuen Standort aus. In ***Köln-Marienburg*** hatte er in der *Rondorfer Straße 5* eine Villa erworben, die bis 2008 als Verlagssitz dienen sollte.

Und somit rücken diese Villa und das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen (BMG), mit dem Witsch sich abstimmte und Geschäfte machte, in die Topografie der zentralen Orte des Kalten Krieges im Rheinland mit auf. Das BMG befand sich von 1949-1957 im Zentrum Bonns am *Bottlerplatz 1* im „Stadthaus“ (anschließend zog es in ein Gebäude *Ecke Hofgarten / Lennéstraße* um).

Das antikommunistische Buchprogramm, das im Verlag Kiepenheuer & Witsch bis in die 1960er-Jahre erschien, war vielfältig. Dazu zählten Klassiker der Kommunismusforschung wie Jules Monnerots „Soziologie des Kommunismus“ (1952), das Buch des späteren Literaturnobelpreisträgers Czesław Miłosz über „Verführtes Denken“ (1952), Trotzkys Stalin-Biographie (1952), Carola Sterns Bände über die SED (1957) und über Walter Ulbricht (1963) sowie Jürgen Rühles enzyklopädisches Werk über die Schriftsteller und den Kommunismus (1960).

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die autobiographische Erinnerungsliteratur ehemaliger Kommunisten. Das beginnt im Jahr 1951 mit der Herausgabe der Aufzeichnungen Gregory Klimows über den „Berliner Kreml“ in Karlshorst und dem abenteuerlichen Lebensbericht des spanischen Anarchisten Valentin Gonzales alias El Campesino. Ein Jahr später erschienen die bis heute in wechselnden Verlagen immer wieder publizierten Erinnerungen Margarete Buber-Neumanns „Als Gefangene bei Stalin und Hitler“. Zu den Autoren Kiepenheuer & Witschs zählte auch Wolfgang Leonhard mit seinem Welterfolg „Die Revolution entlässt ihre Kinder“; außerdem die Romantrilogie des Witsch-Freundes Manès Sperber „Wie eine Träne im Ozean“.

Kam es zu einer Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für Heimatdienst, dem in ***Bonn*** ansässigen Vorläufer der Bundeszentrale für politische Bildung – was häufig der Fall war –, dann übernahm Kiepenheuer & Witsch i. d. R. den Versand an ausgewählte Einzeladressaten. Es gibt eine Zusammenstellung über den Abnehmerkreis des „Tagebuchs der Hölle“ von Jan Valtin. Sie verschafft einen recht guten Eindruck davon, wie heterogen der Kreis von Organisationen in der Ära Adenauer war, der sich als Abwehrgemeinschaft gegen die Kräfte des Kommunismus formiert hatte.

Betr.: Valtin: "Tagebuch der Hölle"

Verteilerliste gemäß vorliegenden Akten:

Auf Grund unmittelbarer Anforderungen hat die Bundeszentrale für Heimatdienst das obige Buch auf folgende Weise verteilt:

Gesamtdeutsches Ministerium	3.000	Expl.
Bundesministerium für Verteidigung	1.000	"
Bundesamt für Verfassungsschutz	1.000	"
Landesschutzamt Bremen	1.290	"
Bundeswirtschaftsministerium	200	"
Kuratorium für staatsbürgerliche Bildung, Hamburg	2.000	"
Bundesvorstand d. Deutschen Gewerkschaftsbundes	100	"
Ostbüro der SPD Berlin	100	"
Industriegewerkschaft Metall	600	"
Gewerkschaft ÖTV	1.020	"
ADK	1.000	"
Bundesvorstand deutscher Angest.Gewerkschaft	100	"
Volksbund für Frieden und Freiheit	4.258	"
Deutsches Industrie-Institut Köln	100	"
Seemann-Gewerkschaftsbund Bremen	600	"
Deutscher Warndienst für Industrielle	500	"
Geschichtslehrer der Ober-und Volksschulen	10.979	"
Beratungsstelle für Betriebsschutz Essen	500	"
Verband der Landsmannschaften	150	"
Einzelversand	5.000	"
Einzelne Betriebsräte	4.683	"
Evangelische und katholische Akademien	100	"

Ich mache jetzt wieder einen Sprung. Räumlich geht es nun nach ***Köln-Lindenthal*** zum *Stadtwaldgürtel 42* befindet. Dort war seit 1957 der Sitz des Ostkollegs der Bundeszentrale für Heimatdienst, an dem Propagandisten für den Kampf gegen den Kommunismus geschult wurden. Entscheidende Impulse zu dessen Gründung gab ein geheim tagender Zirkel, der unter dem Namen „Witsch-Kreis“ firmierte. Ihm gehörten neben dem Initiator Joseph Caspar Witsch folgende Personen an: Berend von Nottbeck, der Witschs Zweigverlag leitete, Witschs Autoren Wolfgang Leonhard und Joseph Scholmer, („Die Toten kehren zurück“), Otto Stolz, Herausgeber der gewerkschaftseigenen „Welt der Arbeit“, und aus Reihen des NWDR, Köln der Wirtschaftsexperte Hans Otto Wesemann und Carl Linfert, Leiter des wissenschaftlichen Nachtprogramms.

Was die Teilnehmer des Kreises miteinander verband, war die gemeinsame Einschätzung, dass der Westen – und hier zuvorderst die Bundesrepublik – in der ideologischen Auseinandersetzung mit dem Osten ins Hintertreffen geraten war. Den umfangreichen Schulungsprogrammen der SED in der DDR habe die Bundesrepublik nichts Eigenes entgegenzusetzen.

Im Laufe des Jahres 1955 traf sich der „Witsch-Kreis“ zu einer Reihe konspirativer Arbeitssitzungen – im Juni allein drei Mal –, meist in den Räumen des Verlages. Dass seine Arbeit nicht folgenlos blieb, lag daran, dass Witsch sehr früh amtliche Kreise mit einbezog und seine politischen Kontakte ins Bundesinnenministerium und ins Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen dazu nutzte. Zu den kontinuierlichen Teilnehmern des Kreises zählt daher auch Wilhelm von Hahn von der Bundeszentrale für Heimatdienst, der die Ergebnisse der Treffen an den Staatsekretär im Innenministerium, Ritter von Lex, weiterleitet.

Eine der ersten praktischen Aktivitäten des „Witsch-Kreises“ bestand in der Ausrichtung einer Arbeitstagung, die vom 22. bis zum 23. November 1955 in ***Bad Niederbreisig*** stattfand.

Die Tagung hatte streng konspirativen Charakter, weil man sich des Interesses des ostdeutschen Ministeriums für Staatssicherheit gewiss war.

Die „Hauptverwaltung Aufklärung“ des MfS hat denn auch tatsächlich detailliert über die Tagung berichtet. Die Ausführungen finden sich in einem sechsseitigen Dossier. Der Bericht hebt hervor, dass Witsch den Vorsitz „im Auftrage des Bundeskanzleramtes“ führte, und nennt zahlreiche Details der Zusammenkunft. Auch über die weiteren Abläufe war man in Ost-Berlin gut informiert, heißt es in dem Bericht der Hauptabteilung doch, aus „einer vertraulichen Mitteilung der sowjetischen Berater“ sei hervorgegangen, „dass eine 2. Konferenz in Niederbreisig vom 19.-21. März d. J. stattfand. Hier sei „weit konkreter die Schaffung des ‚Instituts für Ausbildung von Propagandisten’ behandelt worden.“ Gemeint ist damit das „Ostkolleg“. Abschließend wurden drei Geheime Mitarbeiter des Ministeriums mit weiteren Beobachtungen, Kontaktaufnahmen und Recherchen betraut, um „die neuen Methoden und Absichten des Gegners in Erfahrung zu bringen“.

Ich breche hier ab und komme zum letzten Ort, den ich im Kontext derjenigen Orte im Rheinland nennen möchte, von denen aus die Ideenlandschaft des Kalten Krieges in der gesamten Bundesrepublik geprägt wurde. Es handelt sich dabei um ein ganz normales Wohn-/Bürogebäude in ***Köln-Bayenthal*** in der *Goltsteinstraße 185* – Ort zahlreicher Veranstaltungen der Kölner Gruppe des „Kongresses für kulturelle Freiheit“.

Ich gehe davon aus, dass Ihnen der „Kongress“ bekannt ist. Für die Geschichte des Kalten Krieges ist es eine der wichtigsten Organisationen zur Verbreitung amerikanischer Vorstellungen über die Ordnung von Wirtschaft, Staat und Gesellschaft. Der „Kongress“ führte einen weltweiten ideologischen Kampf gegen den Stalinismus, indem er linksliberale, gewerkschaftliche und sozialdemokratische Politiker und Intellektuelle in die kulturelle Front des Kalten Krieges einzubinden versuchte. Finanziert wurde er maßgeblich aus den Töpfen der CIA. Aber das wurde erst 1967 zum Skandalon.

Die viel bejubelte Auftaktveranstaltung hatte 1950 in Berlin stattgefunden und war auf weltweites Interesse gestoßen. In einer Rundfunkreportage vom Juni 1950 hieß es:

„Mehr als 100 Delegierte aus Amerika, England, Deutschland, Österreich, Frankreich, Russland, Italien, aus der Schweiz, aus Belgien und aus den Niederlanden und Skandinavien haben sich heute auf der festlichen Eröffnungssitzung des Kongresses für kulturelle Freiheit in West-Berlin im Titania-Palast eingefunden. Die gesamte Kulturwelt blickt auf die Kongressstadt Berlin. Hier im Titania-Palast, der bis auf den letzten Platz gefüllt ist, genau 2 Jahre nach dem kommunistischen Versuch, Berlin durch eine grausame Blockade zu unterjochen, sehen wir die besten Köpfe des Abendlandes, die Philosophen, die Künstler und die Schriftsteller, die sich zur bürgerlichen und geistigen Freiheit bekennen.“

Umtriebigster Koordinator des Berliner „Kongresses für kulturelle Freiheit“ war der in New York geborene Melvin Lasky. Wortführer des Kongresses war Arthur Koestler, einer der „Renegaten“. „Strippenzieher“ der Kongressarbeit waren neben Lasky der CIA-Agent Michael Josselson und sein Stellvertreter John C. Hunt.

Die Kölner Gruppe bildete sich 1958/59 heraus. Sie bezog 1959 die Räumlichkeiten in der Goltsteinstraße. Zum Kölner „Kongress“-Kreis zählten u. a. Heinrich Böll, Klaus Harpprecht, Berend von Nottbeck, Hans Schmitt-Rost (Städtisches Verkehrsamt), Hans Otto Wesemann und Carl Linfert (WDR), Bernd Tönnessen, Gerd Ruge (Kongress für die Freiheit der Kultur, Berlin) und Georg Meistermann (Akademie für Bildende Kunst, Düsseldorf).

Was unternahm die Kölner Gruppe?

Zwischen Januar 1960 und März 1964 führte sie 37 Vortrags- bzw. Diskussionsveranstaltungen sowie einen dreitägigen Kongress durch und intervenierte in Ost-West-Fragen. Ich habe die näheren Angaben zu Veranstaltungsthemen, Orten, Referenten, Besuchern zum ersten Mal zusammengetragen. Es ist durchaus interessant, dass eine solche Zusammenstellung bislang noch nicht vorlag. Denn anders als z. B. für die „Mittwochgespräche“ des Kölner Bahnhofsbuchhändlers Gerhard Ludwig, hatte sich der Veranstaltungen der Kölner „Kongress“-Gruppe seitens der Lokalgeschichte bis dahin niemand angenommen. (auch die Finanzierung der Mittwochgespräche aus Töpfen der CIA und die Bestimmung der Diskussionsthemen durch die Pariser Zentrale des Kongresses für kulturelle Freiheit ist bis heute kein Thema für die Lokalgeschichte)

In ihrer Gesamtheit bildeten die Veranstaltungen der Kölner „Kongress“-Gruppe eine Mischung aus:

- aktuellen Themen: „Der Fall Eichmann“, Diskussion über Hochhuths Drama „Der Stellvertreter“)
- Europa-Themen
- Intellektueller Selbstbefragungen, wie „Intellektuelle zwischen Arroganz und Zerknirschung“
- Auseinandersetzung mit dem kommunistischen Lager
- zeitlosen Themen („Macht und Ohnmacht der Literatur“, „Umwelt und Architekt – wer verändert wen?“)

Sofern man mit einem überschaubaren Besucherkreis mit bis zu 100 Teilnehmern rechnen konnte, fanden die Veranstaltungen in der Goltsteinstraße statt. Bilder der Veranstaltungen zeigen einen meist voll besetzten Clubraum. Man wich aber auch schon mal auf die *Universität* oder den *Gürzenich* aus.

Witsch nutzte das weit gezogene eigene Netzwerk virtuos, um Prominenz nach Köln zu holen, unter ihnen Ernst Bloch, Manès Sperber, Nicolas Nabokov, Wolfgang Leonhard, Fritz René Allemann und andere als Redner, Diskutanten oder Zuhörer.

Ich hätte Ihnen gerne noch weitere Orte vorgeführt, die einer Topografie des Kalten Krieges im Rheinland in ihrer Gesamtheit Gestalt verleihen könnten. Das ist im Rahmen dieser Veranstaltung aus Zeitgründen nicht möglich.

Zu den Organisationen des Kalten Krieges, die zwischen Rhein und Ahr gegründet wurden und dort auch ihre Sitze oder Dependancen hatten, zählten beispielsweise noch die *Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise* (ADK), eine intransparente CDU-Vorfeldorganisation, die Adenauers Politik die notwendigen Mehrheiten beschaffen sollte.

Zu nennen ist auch noch die 1956 gegründete *Deutsche Atlantische Gesellschaft*. Die Gesellschaft verfügte über eine eigene Ausstellungsabteilung, die aufwendig produzierte NATO-Werbeschauen durch die Republik schickte.

Die Unternehmung *Mobilwerbung* wiederum diente dem Zweck, die ländliche Bevölkerung mit den aktuellen Regierungsbotschaften vertraut zu machen und für die Wiederaufrüstung zu werben. Zu dem Zweck schickte sie eine Flotte von 20 VW-Bullies über die Dörfer, die mit Lautsprechern und einer kompletten Filmausstattung bestückt waren.

Zu nennen ist auch noch das *Kuratorium Unteilbares Deutschland* (KUD), das ein Kind des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen war.

Man könnte hier weiter fortfahren, doch das würde unseren Rahmen sprengen. Zumindest hoffe ich, dass für Sie deutlich geworden ist, wie dicht das Netz des Kalten Krieges war, an dem von den 1950er-Jahren bis in die 1980er-Jahre hinein im Rheinland gewoben wurde. Ein Netz bestehend aus baulichen Manifestationen, Ideenlandschaften, politischen Handlungsorten. Will man die Zeit mit all ihrer Hybris und Hysterie begreifen, dann hilft eine solche Gesamtschau weiter. Sie in einem überschaubaren Raum als „Topografie“ darzustellen, scheint mir eine sinnvolle Aufgabe zu sein.

8. März 2018